Grundlagen des Marxismus: Die permanente Revolution

VON SVEA HUALIDU

Wir von REVOLUTION sind eine kommunistische Jugendorganisation, welche sich auf die Politik Leo Trotzkis bezieht. Ein grundlegender Aspekt seiner Politik ist die permanente Revolution, welche im Zuge der russischen Revolutionen 1905 und 1917 entwickelt, und später von Trotzki, in der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, verteidigt wurde. Wir wollen hier eine kurze Erklärung dieser Theorie und seinen Auswirkungen geben.

Ungleichzeitige und kombinierte Entwicklung

Der Kapitalismus entwickelt sich global nicht gleichzeitig, sondern hat unterschiedliche Entwicklungsstufen erreicht. Imperialistische Staaten haben einen hohen Stand der Industrialisierung erreicht, was bedeutet, dass eine kleine Kapitalisten_Innenklasse in der Lage ist, viele Arbeiter_Innen auf Lohnbasis auszubeuten und den Profit einzustreichen. Das Proletariat (Arbeiter_Innenklasse) setzt sich in diesen Ländern aus Arbeiter_Innen im Industriebereich und dem immer größer werdenden Dienstleistungssektor zusammen.

Zwischen diesen beiden Klassen befindet sich das Kleinbürgertum, welches zum einen mit dem Großkapital konkurriert, und darum kämpft, nicht in das Proletariat abzusteigen.
In solchen Ländern hat der Kapitalismus seine höchstmögliche Entwicklungsstufe erreicht.

In sogenannten „Halbkolonien“ ist die Klasse der ausbeutenden Kapitalist_Innen meist sehr viel kleiner, da die meisten Fabriken usw.

ausländischen Kapitalist_Innen gehören. Dem kleinen einheimischen Kapital gegenüber gibt es eine relativ größere Arbeiter_Innenklasse. Unter halbkolonialen Ländern verstehen wir welche, die formal zwar unabhängig sind, jedoch wirtschaftlich von einem oder mehreren imperialistischen Ländern kontrolliert, quasi „kolonialisiert“ und von ihnen abhängig sind. Sie werden von den imperialistischen Ländern förmlich ausgesaugt und können selbst kaum gesellschaftlichen Reichtum in ihrem Land anhäufen. Darunter fallen heutzutage die meisten Länder der Welt.

Zudem gibt es kombiniert mit der geringfügigen Industrialisierung noch eine große, unterdrückte Bauernschaft und Handwerker_Innen, die häufig Naturalwirtschaft (Tauschhandel) betreiben.

Permanente Revolution vs. Etappentheorie

Hat diese ungleiche Entwicklung der Länder im Kapitalismus Auswirkungen darauf, wie der Weg zum Sozialismus beschritten werden kann? Um diese Frage herum entwickelte Trotzki seine Theorie der „Permanenten Revolution“ sowie seine Auseinandersetzungen mit der daran angelehnten Etappentheorie der Menschewiki, welche von Stalin später erneut aufgenommen wurde.

Die stalinistische Etappentheorie geht davon aus, dass ein rückständiges Land eine bestimmte Art der kapitalistischen Entwicklung durchlaufen müsse, bevor eine proletarische Revolution durchgeführt werden könne. Das Proletariat sei ansonsten zahlenmäßig zu klein, um eine sozialistische Revolution siegreich durchzuführen. Staaten mit einer geringen Industrialisierung, oder mit stark feudalen Strukturen, müssten daher erst die „Etappe“ einer bürgerlich/kapitalistischen Entwicklung durchlaufen, bevor die zweite „Etappe“, der Sozialismus, angegangen werden könne. Ganz davon abgesehen, dass die russische Revolution in einem wirtschaftlich hoch rückschrittlichen Land stattfand, und somit diese Theorie schon 1917 widerlegte, halten viele Stalinist_Innen und Maoist_Innen aktuell immer noch

an dieser Theorie fest.

Bei der permanenten Revolution hingegen, übernimmt das Proletariat auch in einem wirtschaftlich rückständigen Land die Führung im Kampf um die Macht. Ob in einem wirtschaftlich weiterentwickelten oder rückschrittlichen Land, nur die Arbeiter_Innen stellen die soziale Kraft dar, unter deren Führung die demokratischen Aufgaben, sowie die Errichtung der Diktatur des Proletariats – der Sozialismus – ermöglicht werden kann. Unter der Führung der Arbeiter_Innen können somit auch in Halbkolonien, nicht nur demokratische Forderungen erfüllt werden, die Bauernschaft befreit, sondern auch der rudimentär angelegte Kapitalismus zerschlagen werden. Ohne diesen notwendigen Schritt – das Weitergehen zur sozialistischen Gesellschaft – würden die Kapitalist_Innen der jeweiligen Halbkolonien, alles daran setzen, die Macht in ihre Hände zu kanalisieren, die Bevölkerung zu demobilisieren und ein stabiles, kapitalistisches System zu errichten. Dieser Abbruch der Revolution ist aus den Augen der Bevölkerung – laut Trotzki – als Niederlage zu betrachten und nicht als „erster Schritt“ hin zum Sozialismus. Laut Trotzkis Theorie müssen beide Schritte gleichzeitig gegangen werden. Nur so kann die Revolution eine anhaltende, permanente Auswirkungen haben – eine permanente Revolution darstellen.

Internationale Revolution vs. Sozialismus in einem Land

Halbkolonien, die ihre Regierung vertreiben, Kapitalisten enteignen und den Sozialismus errichten wollen, werden nicht nur damit zu kämpfen haben, dass sie mit einer rückschrittlichen Wirtschaft – und damit wenig Reichtum der auf alle verteilbar ist – arbeiten müssen, sondern sofort auf Widerstand von Seiten der Imperialist_Innen stoßen. Diese wollen ihre Interessen in den unterdrückten Ländern (billige Produktion, Rohstoffe…) nicht kampflos aufgeben und nicht „das Gespenst des Kommunismus“ durch die Welt ziehen lassen.

Es ist daher unmöglich, eine Revolution nur in einem Land (Stalinismus) zu errichten. Revolutionen in Halbkolonien können nur bestehen, wenn in den imperialistischen Ländern ein revolutionärer Umsturz stattfindet, um ihnen somit Unterstützung im Kampf gegen die imperialistische Interventionen, aber auch Unterstützung zum Aufbau ihrer Wirtschaft zukommen lassen zu können. Wie Lenin schon sage: „Die Revolution wird international sein, oder sie wird nicht sein!“

Schulnoten vs. Notenabschaffung

VON RAWIJA AWERJANOW

50 Prozent aller Schüler_Innen haben Angst vor Prüfungen und Schulaufgaben, 20 Prozent spüren das täglich. Daran sind nicht zuletzt die Noten Schuld, welche die Jugendlichen unter Druck setzten, ihnen den Spaß am Lernen nehmen und dafür sorgen, dass sie sich schlecht fühlen.

Nutzen?

Dabei sind Noten nicht gerade aussagekräftig bezüglich der Lernleistung und des Wissensstandes. Stupides Auswendiglernen, um die Fakten nach der Prüfung oder der Arbeit schnell wieder zu vergessen, bringt außer Stress wenig für Schüler_Innen. Auch können Blackouts bei Prüfungssituationen entstehen, welche sich dann in negativen Noten niederschlagen, obwohl die Schüler_Innen eigentlich alles wussten.

Auch die Anwendung von Noten als Erziehungsmethode ist fragwürdig. Manche Lehrer_Innen gehen in ihrer Bewertung (wenn auch manchmal unterbewusst) auf das Aussehen, Herkunft und allgemeine Auftreten der Schüler_Innen ein. Die Schüler_Innen können mit den Noten somit auch unterwürfig gemacht werden und sprechen ihre Meinungen im Unterricht nicht mehr aus, aus Angst vor der Missgunst der Lehrkraft.

Doch die Noten bereiten tatsächlich auf das spätere Berufsleben vor, auch wenn es dieses System dort nicht gibt. Die Konkurrenz, die unter den Arbeiter_Innen existiert, wird bereits in der Schule durch Noten als alltäglicher Wettbewerb eingetrichtert. Denn hätten nicht viele gerne die bessere Note von der_dem Banknachbar_In? Genauso wird es später auch mit dem Gehalt bzw. den Arbeitsplätzen im Allgemeinen aussehen. Diese Konkurrenz hilft den Bossen ebenfalls, die Arbeiter_Innen unterwürfig zu machen.
Desweiteren sind Schulabschlüsse sehr wichtig für das spätere Leben, auch wenn es nur um ein Jahr und Prüfungen bzw. an manchen Schulen nur um eine Prüfung geht.

Druckfrei und selbstbestimmt

Aus diesen Gründen fordern wir, REVOLUTION, die Abschaffung der Noten und ein anderes Bildungssystem. Dass das funktionieren kann, zeigen ansatzweise Waldorfschulen, in denen es die Noten erst ab Klasse 11 gibt, was den autoritären Druck verringert. In Finnland müssen Schüler_Innen erst mit 16 Jahren verbindliche Tests schreiben und Finnland steht im Leistungs- und Bildungsvergleich ganz oben.

Wir wollen, dass jede_R nach ihren_seinen eigenen Stärken und Interessen gefördert wird. Dafür sind kleinere Klassen, eine Aufhebung der Schultrennung und eine gänzlich kostenlose Bildung nötig.

Außerdem setzten wir uns dafür ein, dass Schüler_Innen zusammen mit

Lehrer_Innen und Eltern in jederzeit wähl – und abwählbaren Bildungskomitees ihre Rahmenpläne für den Unterrichtsinhalt selbst bestimmen können. Das würde auch dazu führen, dass die Schüler_Innen mehr Lust auf die Schule bekommen und sie dazu anregen, sich aktiv zu beteiligen.

Damit Schüler_Innen dieses Ziel erreichen können, halten wir den Aufbau einer Schüler_Innengewerkschaft für wichtig. Als Druckmittel können Bildungsstreiks dienen. Dabei muss auch dafür gekämpft werden, Unterstützung von Lehrer_Innen zu bekommen, die sich selbst oft über zu enge Lehrpläne beschweren. Die Abschaffung der Noten und die selbstbestimmte Planung der Bildung nutzt also allen, die täglich mit ihr in Kontakt kommen.

Geflüchtete in Turnhallen – Was ist unsere Antwort?

VON TABEA KRUG

Für viele Schüler_Innen fiel in Deutschland der Sportunterricht aus. Auch Sportvereine können ihre Hallen nicht nutzen. Grund dafür ist die Unterbringung von Flüchtlingen. Für diesen Zweck sind schon etwa 1000 Turnhallen bundesweit beschlagnahmt worden. Nur wenige Turnhallen konnten davon bis jetzt wieder in Betrieb genommen werden. Zwar wurde gesagt, dass die Hallen nur als Übergangslösung angedacht wären, doch bis heute scheint kein Ende in Sicht.

Man kann sich sicher denken, dass eine Turnhalle nicht der richtige Ort zum Leben ist. Doch die derzeitigen Zustände sind selbst als Übergangslösung unzumutbar. Den kurzfristig zu Notunterkünften umgebauten Turnhallen fehlt es an allem. Es gibt nur unzureichend Sanitäranlagen und die Geflüchteten leben auf nur wenigen Quadratmetern Platz, Feldbett neben Feldbett und ohne jegliche Privatsphäre. Auch die notwendige Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung ist nicht vorhanden.

Je länger die Geflüchteten unter diesen Bedingungen leben müssen, umso länger wird auch der Ausfall von Sportunterricht und anderen Sportaktivitäten anhalten. Für die Schulen und Vereine ist das eine große Belastung. Obwohl gerade sie eine tragende Rolle in der Integration spielen sollten. Aber auch in Teilen der Bevölkerung wächst der Unmut über die langen Beschlagnahmungen. Und das ganz zu Recht. Doch ihr Frust sollte nicht den Flüchtlingen gelten. Sondern dem Staat. Denn es gibt eine Lösung für alle Beteiligten.

Aber wie sollen Geflüchtete wohnen?

Unsere Antwort liegt darin, zu fordern, den sozialen Wohnungsbau massiv auszuweiten und das nicht nur für Geflüchtete, sondern für alle, die es benötigen. Die Finanzierung dafür soll durch die Besteuerung der Reichen sichergestellt werden. Doch das sind langfristige Lösungen. Also warum nicht etwas verwenden was sowieso nicht genutzt wird? Mehr als 1,7 Millionen Wohnungen in Deutschland stehen zur Zeit leer. Durch die Enteignung würde genug Platz entstehen, den man sinnvoll zur Unterbringung nutzen kann. Außerdem würden gleichzeitig die Bedingungen für Geflüchtete verbessert werden. Geplant und organisiert werden soll dass nicht von kapitalistischen Vermietungsgesellschaften oder Politiker_Innen, die den Mietspekulant_Innen nahe stehen, sondern durch gewählte und rechenschaftspflichtige Planungskomitees aus Mieter_Innen, Wohnungslosen, Geflüchteten und Bauarbeiter_Innen.

Der Platz ist da! Also anstatt sich gegeneinander ausspielen zu lassen und Einwohner_Innen gegen Geflüchtete aufzuhetzen, sollten gerade sie gemeinsam für eine bessere Situation kämpfen!

Den Schüler_Innen ihr Sport und den Geflüchteten eine lebenswürdige Unterkunft!

Antizionismus heißt Antirassismus

VON SVENJA SPUNCK

Erzählt man in anderen Ländern von der „politischen Landschaft“ der deutschen Linken, von den Anti-Deutschen, die sich selbst als „israel-solidarisch“ bezeichnen, dann bekommt man meistens verwunderte Blicke zu sehen und die Frage gestellt: „Wie, israel-solidarisch, hast du nicht gesagt, dass wir über Linke reden?“

Diese erstaunte Frage trifft den Nagel auf den Kopf, denn links, also anti-kapitalistisch, anti-imperialistisch, anti-rassistisch etc. ist wohl kaum vereinbar mit der Politik des israelischen Staates. Doch die Anti-Deutschen beziehen sich eher weniger auf die aktuelle Politik Israels, über die sie meistens nur wenig informiert sind, außer es findet gerade wieder eine Invasion in den Gaza-Streifen statt. Es geht ihnen um die historische Entstehung des Staates als „Schutzgebiet“ für Jüd_Innen, die vor dem Holocaust fliehen konnten oder ihn überlebten.

Deshalb ist es für die Anti-Deutschen nur ein kurzer Weg von Israel-Kritik zu Antisemitismus. Zwar gibt es in Deutschland und Österreich immer wieder Bündnisse und gemeinsame Aktionen mit den Gruppen dieser politischen Strömung, die sich für Solidarität mit den Refugees in Europa und gegen Neonazi-Aufmärsche einsetzen. Doch ihr Auftreten in der Linken, sobald sie eine gewisse Stärke erreicht haben, führt auch immer wieder zu massiven Angriffen auf revolutionäre, anti-kapitalistische Politik. Dabei scheuen sie auch vor der Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Staat und seinen Repressionsorganen wie vor Verleumdung und reaktionärer Hetze nicht zurück. Aktuell erleben wir wieder eine solche Offensive, wie wir an folgenden Beispielen zeigen.

Israel Apartheid Week

Wie bereits im letzten Jahr rief die BDS-Kampagne (Boykott – Deinvestition – Sanktionen) zur sogenannten „Israel Apartheid Week“ viele unterschiedliche Künstler_Innen und politische Aktivist_Innen weltweit auf. Auch der aus Jerusalem stammende und in Berlin lebende Regisseur Dror Dayan wollte sich mit der Vorführung seines Filmes „Even Though My Land Is Burning” beteiligen.

Schon mehrere Wochen vor der Veranstaltung hatten dann anti-deutsche Gruppen versucht, die Betreiber_Innen des Berliner Movimiento-Kinos zu erpressen, dass entweder der Film nicht gezeigt oder das Kino für immer als „antisemitisch“ gebrandmarkt sein würde. In dem Film selbst geht es um die Zusammenarbeit von jüdischen Antizionist_Innen und Palästinenser_Innen, die gemeinsam Widerstand leisten. Er zeichnet damit das gegenteilige Bild dessen, als welches Anti-Deutsche gerne Zionismus und Widerstand konstruieren. Ihnen zufolge wäre der Zionismus keine koloniale Siedlerideologie, wäre der zionistische Staat kein rassistischer Staat, der auf der Vertreibung des palästinensischen Volkes beruht, sondern „Schutz“ „der Jüd_Innen“. Damit wird erstens unterschlagen, dass der Alleinvertretungsanspruch des Zionismus für die Interessen des jüdischen

Volkes selbst eine Lüge, eine Anmaßung ist, die die unterschiedlichen Klasseninteressen ignoriert und die Arbeiter_Innenklasse an einen reaktionären, rassistischen Unterdrückerstaat binden soll.

Gleichzeitig hetzen Anti-Deutsche und Zionist_Innen besonders gern und forsch gegen Filme, gesellschaftliche und politische Initiativen, wo Palästinenser_Innen und Jüd_Innen gegen die zionistische Politik zusammenarbeiten. Es kein Zufall, dass die Anti-Deutschen dabei auch vor Drohungen gegen Palästinenser_Innen nicht zurückschreckten, die gemeinsam mit vielen Jüd_Innen an der Filmpremiere teilnehmen wollten, aber Angst vor rassistischen Angriffen hatten. Ebenfalls ist diesem rassistischen Mob wohl nicht bekannt, dass die Hauptdarstellerin, eine Frauenrechtsaktivistin gegen die Besatzung, mittlerweile im israelischen Gefängnis sitzt, in der angeblich einzigen Demokratie im Nahen Osten. Für Anti-Deutsche ist das aber eher ein Grund zum Feiern. Sie verteidigen nicht nur die Unterdrückung des palästinensischen Volkes, sondern auch die imperialistische (Un-)Ordnung im ganzen Nahen und Mittleren Osten und damit nicht nur die Interessen des US-Imperialismus, sondern auch des deutschen.

Amerlinghaus Wien

Doch wie eingangs bereits erwähnt, legen Anti-Deutsche allgemein wenig Wert auf die tatsächliche Verteidigung demokratischer Werte, solange sie damit ihre These des „strukturellen Antisemitismus“ der Linken in Deutschland und Österreich aufrecht erhalten können. Ebenfalls im Rahmen der BDS-Kampagne sollten im Amerlinghaus in Wien Veranstaltungen und Referate im Rahmen der „Israel Apartheid Week“ stattfinden, die jedoch kürzlich abgesagt und verlegt wurden. Die Stellungnahme von BDS Austria gegen diese Diffamierungen findet sich auf www.bds-info.at.

Die Betreiber_Innen des Amerlinghauses beugten sich letztlich dem öffentlichen Druck auf einen „offenen Brief“ hin, der von mehreren

Akademiker_Innen, Politiker_Innen diverser bürgerlicher Parteien (Grüne, ÖVP) unterzeichnet wurde. Darin stand nicht nur, dass die Veranstaltung mit dem Jerusalemer Aktivisten Ofer Neiman abgesagt werden, sondern dass man gleich dem ganzen Amerlinghaus die Subventionen streiche sollte, falls es noch einmal mit der BDS-Kampagne in Kontakt käme.

Konkret bedeutet das, dass ein kulturelles Zentrum aus der Wiener Innenstadt verschwinden würde, in dem Geflüchteten kostenfreier Deutschunterricht angeboten wird, in dem linke Gruppen ihre Plena abhalten und viele öffentliche Veranstaltungen zu Arbeitskämpfen, gewerkschaftlicher Organisierung und eben auch Antifaschismus und Antirassismus stattfinden. Natürlich applaudiert bei diesem Vorschlag sofort die FPÖ, die rechtspopulistische Partei Österreichs, deren Umfragewerte sich in schwindelnden Höhen bewegen.

In vollem Bewusstsein der möglichen Konsequenzen dieser rufschädigenden Kampagne gegen das Kulturzentrum begeben sich „Junge Linke“ und der „Kommunistische Student_innenverband Linke Liste“ in eine unheilige Allianz mit dem ÖVP-Landtagsabgeordneten Juraczka, mit dem sie gemeinsam zur Protestaktion gegen BDS aufriefen. Auch der unterstützende „Club der Freunde Israels“ glänzt nicht gerade vor Antirassismus. Der „Standard“ berichtet, dass dieser den FPÖler Norbert Hofer zu einer Veranstaltung „freundlich empfangen und schließlich mit Applaus verabschiedet“ hat. Wir rufen alle fortschrittlichen, demokratischen und anti-imperialistischen Initiativen zur Solidarität mit dem Amerlinghaus und BDS und den verleumderischen Vorwurf des Antisemitismus zurückzuweisen auf. Andernfalls werden sich die Anti-Deutschen nur zu weiteren Angriffen ermutigt fühlen.

Revolution Dresden

Das letzte Beispiel betrifft unsere eigenen Genoss_Innen und die Jugendorganisation REVOLUTION. Die Stadt Dresden ist seit der Gründung

der PEGIDA-Bewegung schon fast zum Symbol rassistischer Aufmärsche und Angriffe auf Migrant_Innen geworden. Die vor kurzem gegründete REVOLUTION-Ortsgruppe hat deshalb natürlich antirassistische Arbeit zum Schwerpunkt.

Aus diesem Grund hatte sich REVOLUTION an dem Bündnis „Solidarity without Limits" beteiligen wollen, wurde jedoch durch Initiative der sogenannten „Undogmatischen Radikalen Linken" (URA) soweit hinausgedrängt, dass das offene Auftreten mit Fahnen etc. verboten gewesen wäre. Das weitete sich dann auch noch dahingehend aus, dass es parteinahen Gruppen wie der Linksjugend solid verboten wurde teilzunehmen. Als Begründung wurde auch hier wieder einmal das anti-deutsche Argument verwandt, wer sich mit Palästinenser_Innen solidarisiert und den israelischen Staat ablehnt, der sei ein Antisemit. Hierbei wird mal eben der Antizionismus mit dem Antisemitismus gleichgesetzt. Damit wird einerseits mit dem Zionismus eine rassistische Ideologie gerechtfertig, andererseits der Antisemitismus selbst bodenlos verharmlost. Linke Gruppen aus antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen zu verdrängen, stärkt am Ende genau diese rechten Parteien und ihre Aufmärsche, die den brutalsten Antisemitismus der Weltgeschichte zu verantworten haben.

Doch es blieb nicht nur bei dieser Auseinandersetzung. Darüber hinaus sollte die Frauenkampftagsveranstaltung von REVOLUTION/ArbeiterInnenmacht verhindert werden, indem sämtlichen Betreiber_Innen von den Orten, die REVOLUTION nutzen wollte, gedroht wurde. Der Höhepunkte war erreicht, als dem kurdischen Verein erzählt wurde, dass REVOLUTION eine terroristische Organisation sei, die Terrorist_Innen unterstütze und die meiste Zeit für den Tod von IDF (Israel Defence Force) argumentiere. Wie muss man wohl drauf sein, wenn man versucht, einem kurdischen Verein, der selbst ganz genau weiß, was es bedeutet, unter dem Vorwurf des „Terrorismus" unter Repressionen zu leiden, solche Lügen aufzutischen, um anderen Linken politische Arbeit unmöglich zu machen?

Anti-Deutsche, die wahren Deutschen

Der besonders autoritäre Charakter also, den Anti-Deutsche dem Konstrukt des „deutschen Wesens“ zuordnen, ist in erster Linie bei ihnen selbst zu finden. Sollte es dieses deutsche nationale Wesen geben, so findet man es wahrscheinlich in seiner Reinform bei den Anti-Deutschen selbst.

Keine Spur von Klassenbewusstsein und kein Verständnis des imperialistischen Weltsystems, das es eben unmöglich macht, dass ein von den USA gestützter Staat im Nahen Osten politisch neutral und allein für das Wohlergehen von Menschen jüdischer Konfession verantwortlich gegründet wird. Jegliches Verständnis dafür, dass auch in Israel selbst Klassenkämpfe stattfinden und dass man
sich mit den progressiven Teilen solidarisieren muss, dass man sich gegen den Rassismus gegen Araber_Innen und afrikanische Geflüchtete in Israel einsetzen muss, fehlt ihnen.

Der von ihnen verteidigte Zionismus ist eine völkisch-nationalistische Ideologie, die das Judentum nicht als Religion, sondern als „Volk“ ohne Klassengegensätze darstellt, welches angeblich ein „Fremdkörper“ in Europa sei. Statt also dem wirklichen Rassismus und dem Antisemitismus entgegenzuwirken, baut der Zionismus sich selbst sein rassistisches Konzept, nach dem die Heimat des „jüdischen Volkes“ einzig und allein im Heiligen Land liegen kann, egal wer da gerade vorher gewohnt hat oder noch vertrieben werden muss.

Doch diese Ideologie, dass Menschen in Rassen, in feste Kulturkreise einzuordnen sind und danach bestimmt wird, wo sie zu leben haben, gehört nicht in die Linke, sondern in die aufsteigende rechte Bewegung, die wir mit aller Entschlossenheit bekämpfen. Die realen Gegensätze der Gesellschaft verlaufen nicht zwischen „Rassen“, sondern zwischen den Klassen. Daher müssen wir Unterdrückten, Arbeiter_Innen, Jugend, Migrant_Innen gemeinsam kämpfen! Wir appellieren deshalb an alle, die in antirassistischen

Bündnissen aktiv sind, solchen anti-demokratischen Manövern wie den oben genannten klare Kante zu zeigen: nicht nur, um die Verharmlosung des wirklichen Antisemitismus zu verhindern, sondern um gerade in der heutigen Zeit, wo antifaschistische und antirassistische Aktionen aller Strömungen der Arbeiter_Innenbewegung, der Migrant_Innen, der Linken extrem nötig geworden sind, die Solidarität und die Schlagkraft der Linken zu stärken, für die israelische, die palästinensische und die weltweite Arbeiter_Innenklasse!

Keine Entlassungen bei Bombardier! Wir bleiben alle!

Gegenwehr! Betriebs- und Gewerkschaftsinfo von ArbeiterInnenmacht und REVOLUTION, 16. März 2016

Weltweit will Bombardier in den nächsten zwei Jahren rund 7.000 und damit etwa 10% der Stellen streichen, 3.200 davon allein in der Zugsparte und davon wiederum 1.430 in Deutschland. Alleine 1.200 an den größten drei Standorten Hennigsdorf (270 von 2.800), Görlitz (700 von 2.500) und Bautzen (230 von 1.000).
Den unmittelbaren Grund dafür bilden vor allem die enormen Verluste von über 5,3 Milliarden Dollar bei nur 18,2 Milliarden Dollar Umsatz in der Flugzeugsparte. Doch nicht nur die brutale Konkurrenz und die kommende Wirtschaftskrise bilden den Hintergrund für drohende Massenentlassungen. Insbesondere der Einstieg des Pensionsfonds von Québec bei Bombardier Transportation mit 1,5 Milliarden Dollar (30%) hat zusätzlichen Druck geschaffen. Der Fonds verspricht eine Mindestrendite von 9,5%, Ziel ist ein zweistelliger Gewinn.

Angriffe

Dies soll augenscheinlich vor allem durch Sparmaßnahmen auf Kosten der Lohnabhängigen erreicht werden. Alleine in Hennigsdorf sollen die Kosten um insgesamt 20 Prozent gesenkt werden. Der gesamte Wagenkastenrohbau wird eingestellt, 30% der Engineering-Tätigkeiten werden nach Indien verlegt, insgesamt 40% des im Vergleich zur Konkurrenz jetzt schon armseligen Budgets für Forschung und Entwicklung sollen gestrichen werden.

Vorgebliches Ziel dieser Maßnahmen ist es, sich auf die „Kernkompetenzen des Standortes“ zu spezialisieren. Wie das geschehen soll, ist schleierhaft, wo doch gerade der Wagenkastenbau und das Engineering zwei Kernkompetenzen sind. Außerdem sollen 30% der Stellen in der Führungsebene gestrichen werden, um Entscheidungswege zu verkürzen. Doch auch hier ist davon auszugehen, dass dies vor allem Führungskräfte in den unteren Ebenen treffen wird und nicht diejenigen, die für die zahlreichen Fehlentscheidungen der letzten Jahre verantwortlich sind, die Bombardier und den Standort Hennigsdorf in die heutige Krise gebracht haben. Weitere Maßnahmen sollen im Sommer folgen.
Es wird argumentiert, der Standort sei unwirtschaftlich, da die Stundensätze zu hoch seien und so die Produkte nicht konkurrenzfähig angeboten werden könnten. Doch der Standort wurde erst unwirtschaftlich gemacht, durch das Verpassen von Aufträgen und das Ignorieren von seit Jahren existierenden Problemen. Es wurde zwar viel geredet, aber es hat sich nicht viel getan. Die Kommunikation zwischen den Abteilungen und Bereichen ist nach wie vor miserabel, es gibt zu viele Schnittstellen, Entscheidungsverantwortungen werden hin und hergeschoben oder schlecht kommuniziert. Die zahlreichen Umstrukturierungsprojekte und ständiger Austausch vom oberen Management haben diese Probleme eher noch weiter verschlimmert.

Die Verlagerung von Aufträgen an andere Standorte trotz anderslautender Betriebsvereinbarungen und Verträge ist eine weitere Ursache. Hier zeigt sich, wie versucht wird, die Belegschaft zu spalten und die Standorte

gegeneinander auszuspielen, auch bei der Vergabe von Aufträgen ins Ausland. Dann heißt es auf Betriebsversammlungen: deutsche Wertarbeit werde nicht mehr geschätzt oder die Polen würden mit ihren Billiglöhnen uns die Aufträge klauen. Doch nicht die KollegInnen der anderen Standorte sind es, die uns unserer Lebensgrundlage berauben, sondern es sind die ManagerInnen und Eigentümer, die die Stellen streichen. Während auch Betriebsräte gegeneinander um Aufträge buhlen und so bei der Konkurrenz Standort gegen Standort mitspielen, werden in ganz Deutschland und weltweit unsere KollegInnen gefeuert. Wir sollten uns nicht auf das Marionettenspiel einlassen und uns stattdessen mit den KollegInnen und Kollegen im In- und Ausland solidarisieren und unsere Kämpfe verbinden. Auch sie bangen um ihre Lebensgrundlage und die ihrer Familien.

Branchenweite Probleme

Doch nicht nur die ArbeiterInnen bei Bombardier sind von Stellenabbau betroffen, der ganze Metallsektor steckt in einer Krise. So haben Betriebsrat und IG-Metall bei Siemens Power & Gas erst Ende September einen sogenannten „Interessenausgleich“ für das Sparprogramm PG 2020 unterschrieben, der weitgehende Entlassungen im Gasturbinenbau und massive Lohnkürzungen festschreibt. Die Entlassungen sollen „sozialverträglich“ durch einen Sozialplan reguliert stattfinden. Dadurch sollen „sozial Schwächere“ vor Entlassungen geschützt werden.

Einen solchen Ausverkauf gilt es zu verhindern! Denn auch am Standort Nürnberg hieß es einst, man wolle sich auf die Kernkompetenzen konzentrieren. Mit einer Salamitaktik, auf die sich Betriebsrat und Gewerkschaft durch immer weitreichendere Zugeständnisse einließen, wurde der Standort nach und nach dem Untergang geweiht. Es wurde immer weiter gekürzt, bis der Standort schließlich ein reiner Engineering-Standort war. Seit 2004 ist er geschlossen. Auch hier wurden Entlassungen mit einem Sozialplan reguliert. In Hennigsdorf strebt die Unternehmensleitung ebenfalls einen Sozialplan an und auch hier wird die Befürchtung laut, die

Produktion könnte nach und nach wegfallen.

Zwar hat die IG-Metall „massive Aktionen“ angekündigt, doch die Gewerkschaft hat schon in der Vergangenheit oft genug gezeigt, dass sie bereit ist, ihre Basis durch einen Sozialplan zu hintergehen. Und auch beim Betriebsrat ist zu befürchten, dass dieser sich letztendlich auf einen Sozialplan einlassen wird, um die Entlassungen „sozialverträglich“ zu gestalten. Doch dieser spaltet nur die Belegschaft und schwächt ihre Kampfbereitschaft. Denkt nicht: „Mich betrifft das sowieso nicht“, denn wie Nürnberg zeigt, kann es jeden früher oder später treffen.

Perspektive Klassenkampf

Wir stellen dem Sozialplan den Kampf gegen alle Entlassungen entgegen – egal ob von unbefristet Beschäftigten oder von LeiharbeiterInnen. Sollte Bombardier an seinen Plänen festhalten und das Unternehmen auf Kosten der Belegschaft „sanieren“ wollen, so sollten wir für die entschädigungslose Enteignung von Bombardier unter Kontrolle der Beschäftigten eintreten.
Warum sollten wir für eure Krise zahlen? Dazu wird es mehr brauchen als ab und zu eine einstündige Kundgebung abzuhalten. Wir brauchen massive Streiks und den Druck von der Straße. Dazu ist es auch nötig den Arbeitskampf mit dem der anderen ArbeiterInnen aus der Metallbranche, wie den KollegInnen von Siemens, zu verbinden. Dafür kann die kommende Tarifrunde eine Gelegenheit sein.

Grüner Kapitalismus – Utopie

oder Realität?

VON CHRISTIAN MAYER

Wenn wir uns mit dem Thema Umwelt und Umweltschutz befassen, müssen wir das immer auch im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse tun. Dazu ist es notwendig, zu wissen, dass es im Kapitalismus aus unterschiedlichen Gründen keinen wirklich ernstzunehmenden Umweltschutz geben kann, trotz aller anders lautenden Beteuerungen seitens der bürgerlichen Regierungen.

Profitinteressen vor Umweltschutz

Grundsätzlich gibt es seit mehr als 30 Jahren die Erkenntnis, dass Umweltschutz eine Notwendigkeit besitzt, die nicht von der Hand zu weisen ist. Nachdem Umweltschutz bis Ende der 1970er Jahre keine all zu große Rolle gespielt hat, gab es seit Anfang der 1980er Jahre immer wieder Bemühungen, einen verbindlichen Umweltschutz in Form von strengen Regelungen und Bestimmungen durchzusetzen. Dies war vor allem eine Folge der Erderwärmung und von mehreren verheerenden Unfällen, welche durch technische Defekte ausgelöst wurden. So wurde z.B. durch einen fehlgeschlagenen Versuch im Atomkraftwerk in Tschernobyl in der heutigen Ukraine im Jahr 1986 der schwerste Atomunfall der Geschichte verursacht, bei dem ein kompletter Reaktorblock explodierte und eine beispiellose Verwüstung und eine Kontamination (Verseuchung) im Umkreis von 30 km um das inzwischen stillgelegte AKW nach sich zog.

Dass letzten Endes die Interessen von Wirtschaftsbossen und das Streben nach höheren Profiten, sprich eine Steigerung von Gewinnen, mehr zählt als der Schutz der Umwelt, sollte zumindest nach den vielen gescheiterten Versuchen zur Erreichung eines verbindlichen Klima-und Umweltschutzabkommens klar sein.
Im Jahr 1997 wurde zwar auf der Klimakonferenz im japanischen Kyoto das

sogenannte Kyoto-Protokoll verabschiedet, das zum Hauptziel hatte, die CO2-Emmissionen bis zum Jahr 2010 um die Hälfte gegenüber dem Jahr 1990 zu senken, allerdings wurde dieses Protokoll bis heute von den größten Umweltsündern, den USA und China, nicht unterzeichnet. In beiden Fällen wurde damit argumentiert, man wolle das Wirtschaftswachstum durch Einschnitte zu Gunsten des Umwelt-und Klimaschutzes nicht gefährden, z.B. durch die Beendigung der Kohleverbrennung.

Genauso groß war das Gejammer in Deutschland, als im Jahr 2011 als Konsequenz des Atomunfalls im japanischen Fukushima der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen wurde. Auch hier war der Widerstand groß, denn schließlich wollten die heimischen Kapitalist_innen sich ihre nuklearen Gelddruckmaschinen, die unvorstellbare Gewinne für die Energiekonzerne erwirtschaften, nicht wegnehmen lassen. Diese beiden Beispiele zeigen also sehr gut, dass Umweltschutz nicht unbedingt im Interesse der Kapitalist_innenklasse liegt und Profite wichtiger sind als die Lebensgrundlage und die Sicherheit der Menschen.

Welche Alternative?

Um einen wirklichen Umweltschutz zu erreichen, der auch seinen Namen verdient hat, ist es nötig, dass wir diesem System, das nur Profitmaximierung und Umweltzerstörung kennt, eine wirkliche Alternative entgegenstellen.
Es ist gerade für uns als Jugendliche und junge Erwachsene von sehr großer Bedeutung, dass wir eine Umweltschutzbewegung aufbauen, die sich nicht nur darauf beschränkt, zu ermahnen wie wichtig Umweltschutz sei, da wir diejenigen sind, die noch ein paar Jahrzehnte auf diesem Planeten leben müssen mit der zerstörten Umwelt, sondern dass wir eine weitergehende, letztlich den Kapitalismus überwindende Umweltbewegung aufbauen. Dazu wird es nötig sein, dass wir darauf hinweisen, dass es nicht im Interesse der herrschenden Klasse ist, Umweltschutz zu betreiben und das wir darauf hinwirken, gemeinsam mit der Arbeiter_innenklasse den Kapitalismus zu stürzen, um eine Gesellschaft zu errichten, die nicht darauf ausgerichtet ist,

Profitmaximierung über die Lebensgrundlage der Menschheit zu stellen.

Als ersten Schritt dahin stellen wir folgende Forderungen:

- Für die Verstaatlichung der Energie-, Wasser- und Entsorgungswirtschaft, der Nahrungsmittel-, Chemie- und Pharmaindustrie unter Arbeiter_Innenkontrolle!
- Für die Erarbeitung und Durchsetzung eines Umweltnotplanes durch die Organisationen der Arbeiter_Innenbewegung! Umstellung der Land- und Forstwirtschaft auf nachhaltige Bewirtschaftung!

Rassismus in Deutschland – Obergrenzen und Schießbefehl

Die rassistische Bewegung hat in Deutschland in den letzten anderthalb Jahren an Boden gewonnen. Nicht nur AfD und Pegida, sondern auch die Parteien „der Mitte“ blasen zur Attacke auf die Rechte von Refugees und Migrant_Innen.

Asylpaket II

Deutschland sei ein Land mit Herz, aber auch ein Land mit Regeln, gab Innenminister Thomas DeMazière in Bezug auf das neue Asylpaket von sich. Aber worin äußert sich dieses Herz? Das neue Gesetz ist für die hierher geflohenen Menschen keine Hilfe – ganz im Gegenteil: es ist eine politisch gewollte Maßnahme, um ihnen einen sicheren Aufenthalt hier zu erschweren.

So werden, neben Afghanistan, nun auch nordafrikanische Staaten, in

welchen nach dem Arabischen Frühling die Konterrevolution triumphierte, in den Rang der sicheren Herkunftsländer erhoben. Dass in diesen Ländern teilweise das Militär regiert und die Rechte von Frauen und Arbeiter_Innen mit Füßen getreten werden, scheint den Großteil des Bundestages herzlich wenig zu beeindrucken. Die politisch motivierte Verfolgung, Inhaftierung und Folter oppositioneller Kräfte wird somit nicht als Fluchtgrund anerkannt.

Zusätzlich beschneidet man auch die Rechte der Geflüchteten in Deutschland. So können künftig Refugees in Erstaufnahmeeinrichtungen nicht mehr selbst über ihren Konsum und die Verwaltung ihrer Finanzen entscheiden, sondern werden nur noch mit Sachleistungen versorgt. Außerdem wird die Zeit, die in einem Erstaufnahme-Lager verbracht werden soll, auf bis zu 6 Monate erhöht – 6 Monate in Massenunterkünften ohne Privatsphäre, unter miserablen Bedingungen und ohne das Recht, zu arbeiten. Zudem wurde auch wieder die Residenzpflicht eingeführt. Dies bedeutet, Refugees in Erstaufnahmeeinrichtungen dürfen den Bereich des für sie zuständigen Amtes nicht mehr verlassen, ansonsten drohen Sanktionen.

Der Zynismus der Regierungsparteien wird vor allem bei der Haltung zum Familiennachzug deutlich. Während CDU/CSU in ihrer Argumentation gegen die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften immer betonen, wie wichtig ihnen doch der Schutz der Familie sei, zeigen sie, wie inhaltsleer diese Aussagen wirklich sind. Anstatt für die „Familie“ zu stimmen, stimmen sie gegen die Möglichkeit des Familiennachzugs – sogar bei minderjährigen Refugees, deren Eltern es nicht bis Deutschland geschafft haben.

Mit dabei ist natürlich auf der Evergreen der rassistischen Gesetze: Schnellere und unkompliziertere Abschiebungen, jetzt auch für Kranke.

Auch in Österreich fanden in den letzten Tagen neue Angriffe auf Refugees auf der Balkanroute statt. Künftig sollen nur noch knapp 4000 Menschen pro Tag die Grenze überqueren dürfen. Außerdem werden nur noch 80

Asylanträge pro Tag entgegen genommen – und zwar in ganz Österreich. Diese Maßnahmen spiegeln nicht nur eine politische Rechtsentwicklung in Europa wider, sondern verschärfen auch den Rückstau der Refugees und damit die humanitäre Lage entlang der Fluchtrouten. Als Konsequenz werden wieder mehr Flüchtlingsboote auf dem Mittelmeer sein und hunderte dabei ihr Leben verlieren.

Die AfD

Während die Bewegung der „besorgten Bürger“ – Sammelbecken für Rassist_Innen und Nationalist_Innen – sich radikalisiert, wächst der Einfluss von Faschist_Innen. Auch wenn Pegida in Dresden augenscheinlich stagniert, werden die rassistischen Mobilisierungen in Deutschland, vor allem in Sachsen und Sachsen-Anhalt immer stärker. So blockierten Hunderte in Clausnitz einen Bus mit ankommenden Refugees, auch der Angriff auf Leipzigs alternatives Viertel Connewitz von über 250 Nazis ist noch nicht lange her.

Die AfD macht den öffentlichen Rassismus weiterhin salonfähig. Trotz der Abspaltung von Bernd Luckes ALFA-Partei, gewinnt die AfD weiterhin an Einfluss. Die Äußerung von Beatrix von Storch, sie wolle auf Flüchtlinge schießen lassen, zog zwar einen medialen Aufschrei nach sich, trotzdem erzielte die Partei bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt katastrophale 24%. Aus diesem Grund stellt sich der stellvertretende Vorsitzende Gauland auch hinter Björn Höcke und seine völkischen Reden auf Pegida-Demos in Thüringen. Das klare rassistische Profil wird zum Erfolgsrezept der AfD.

Statt diesem rechten Treiben entschlossen entgegen zu treten, die Fluchtursachen zu benennen sowie den Kampf dagegen aufzuzeigen sowie vorzubereiten, lassen sich die bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien von SPD und LINKE weiter nach rechts treiben, um die Gunst ihrer Wähler_Innen nicht zu verlieren. Die Frage, ob denn das kapitalistische System und die Politik der imperialistischen Staaten an den zunehmenden weltweiten Krisen

Schuld sei, stellt man erst gar nicht. Aber auch die radikale Linke links davon beweist klares Unvermögen im Aufzeigen von handlungsfähigen Alternativen. Es wird entweder Feuerwehrpolitik betrieben oder in breiten, zivilen Bündnissen viel geredet, anstatt gehandelt.

Losungen für den antirassistischen Kampf

Der Kampf gegen den erstarkenden Rassismus und das einhergehende offenere Auftreten der Faschos wird von Tag zu Tag wichtiger. Dieser kann jedoch nicht kopf- und perspektivlos geführte werden. Wir schlagen daher vor, eine bundesweite antirassistische Aktionseinheit aufzubauen und haben durch unsere Mitarbeit im Bündnis „Jugend gegen Rassismus“ bereits einige Schritte in diese Richtung unternommen. Wir fordern:

- Menschenwürdige Versorgung und Unterbringung durch Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und der Verwendung leerstehender Wohnungen. Bezahlt und durchgeführt durch höhere Besteuerung sowie Enteignung der Kapitalist_Innen und Immobilienspekulant_Innen!
- Offene Grenzen und sichere Fluchtwege! Wer bleiben will soll bleiben!
- Schluss mit der Einteilung in sichere Herkunftsländer!
- Volle Staatsbürger_Innenrechte für Refugees! Für das Recht auf Arbeit sowie das Recht auf gewerkschaftliche und politische Organisierung.
- Aufbau von Selbstverteidigungsstrukturen aus Refugees, Arbeiter_Innen, Jugendlichen und Migrant_Innen gegen jeden rassistischen und faschistischen Angriff!

Antrag zum Treffen der RL: Unterstützung von "Jugend gegen Rassismus"

VON REVOLUTION

Inhalt:

Die Revolutionäre Linke beteiligt sich an dem Bündnis „Jugend gegen Rassismus“ (im Folgenden JgR) und unterstützt den bundesweiten Schulstreik/Aktionstag am 27.04. Die RL versucht in den nächsten Wochen Schülerinnen und Schüler, Geflüchteteninitiativen und andere Linke Gruppen durch Flyeraktionen und die Einladung zu Vorbereitungstreffen dafür zu gewinnen. Im besten Falle baut sie Streikkomitees an Schulen auf. Dort, wo kräftemäßig kein Streik möglich ist, soll trotzdem für JgR geworben werden und Soli-Aktionen stattfinden.

Begründung:

Rechte Mobilisierungen gewinnen fast täglich an Stärke und Größe. Auch hat sich mit Pegida und der AfD bereits eine bundesweit vernetzte rassistische Massenbewegung etabliert, die auf der Straße und in den Parlamenten immer stärker vertreten ist. Als linke Jugendaktivist_Innen stehen wir in der Pflicht, uns gemeinsam mit anderen Gruppen zu vernetzen, neue Jugendliche für unsere politische Praxis zu gewinnen und dem eine bundesweite antirassistische Bewegung entgegen zustellen. Nur so können wir uns gegen die Rechten effektiv wehren und eine sichtbare Alternative anbieten.

Jugend gegen Rassismus kann aus mehreren Gründen ein Ausgangspunkt dafür sein. Zum einen stützt sich Jugend gegen Rassismus auf schon

bestehende Strukturen, wie z.B. in Frankfurt, Berlin oder Bonn, wo bereits Schulstreiks stattgefunden haben. Diese wurden vor allem von lokalen Schüler_Innen Bündnissen getragen, wie zum Beispiel dem „RSUS“ in Berlin, das JgR maßgeblich mit angestoßen hat.

Zum anderen haben sich dem Bündnis mittlerweile viele weiter Gruppen, Einzelpersonen und Schüler_Innenstrukturen angeschlossen. Darunter sind neben Revolution die ARAB, RKJ, Waffen der Kritik München, RIO, mehrere Geflüchtetenaktivisten, Schüler_Innen aus Bremen, Bricolage Dresden, die BJB (Bonner Jugendbewegung; bestehend aus Solid, Adelante und AKAB), Mitglieder aus Solid Bremen und Dresden. Unterstützung für den Aktionstag haben die Solidaritätspartei für Afghanistan und der Landesverband Solid NRW zugesichert.
Damit ist eine breite Palette von Organisationen im gesamten Bundesgebiet beteiligt. Vom ersten bis zum zweiten Bündnistreffen in Berlin haben sich die Zahl der Teilnehmer_Innen fast verdoppelt und es kommen momentan wöchentlich weitere Städte hinzu. JgR hat also jetzt schon eine beachtliche Dynamik entwickelt.

Vorbereitungstreffen haben bereits in Potsdam (30 Personen anwesend),München (fast 50 Personen anwesend), Hannover (20 Leute) und Berlin (50 Personen anwesend) stattgefunden. Das Konzept, damit neue Aktivist_Innen für die Forderungen, den Streik und für die gesamte Bewegung zu gewinnen, war somit bereits sehr erfolgreich.

Ein langfristiger Erfolg kann JgR aber nur werden, wenn sich weitere, größere Organisationen, wie Marx21, Gewerkschaftsjugenden, die SAV und die RL daran beteiligen. Nur so kann auch Druck auf die großen reformistischen Massenorganisationen, wie SPD, Linkspartei oder die Gewerkschaften ausgeübt werden.
Lasst uns JgR zum Ausgangspunkt für eine antirassistischen und sozialistischen Massenbewegung machen!

Antrag zum Treffen der RL: Unterstützung von "Jugend gegen Rassismus"

VON REVOLUTION

Inhalt:

Die Revolutionäre Linke beteiligt sich an dem Bündnis „Jugend gegen Rassismus“ (im Folgenden JgR) und unterstützt den bundesweiten Schulstreik/Aktionstag am 27.04. Die RL versucht in den nächsten Wochen Schülerinnen und Schüler, Geflüchteteninitiativen und andere Linke Gruppen durch Flyeraktionen und die Einladung zu Vorbereitungstreffen dafür zu gewinnen. Im besten Falle baut sie Streikkomitees an Schulen auf. Dort, wo kräftemäßig kein Streik möglich ist, soll trotzdem für JgR geworben werden und Soli-Aktionen stattfinden.

Begründung:

Rechte Mobilisierungen gewinnen fast täglich an Stärke und Größe. Auch hat sich mit Pegida und der AfD bereits eine bundesweit vernetzte rassistische Massenbewegung etabliert, die auf der Straße und in den Parlamenten immer stärker vertreten ist. Als linke Jugendaktivist_Innen stehen wir in der Pflicht, uns gemeinsam mit anderen Gruppen zu vernetzen, neue Jugendliche für unsere politische Praxis zu gewinnen und dem eine bundesweite antirassistische Bewegung entgegen zustellen. Nur so können wir uns gegen die Rechten effektiv wehren und eine sichtbare Alternative anbieten.

Jugend gegen Rassismus kann aus mehreren Gründen ein Ausgangspunkt dafür sein. Zum einen stützt sich Jugend gegen Rassismus auf schon bestehende Strukturen, wie z.B. in Frankfurt, Berlin oder Bonn, wo bereits Schulstreiks stattgefunden haben. Diese wurden vor allem von lokalen Schüler_Innen Bündnissen getragen, wie zum Beispiel dem „RSUS“ in Berlin, das JgR maßgeblich mit angestoßen hat.

Zum anderen haben sich dem Bündnis mittlerweile viele weiter Gruppen, Einzelpersonen und Schüler_Innenstrukturen angeschlossen. Darunter sind neben Revolution die ARAB, RKJ, Waffen der Kritik München, RIO, mehrere Geflüchtetenaktivisten, Schüler_Innen aus Bremen, Bricolage Dresden, die BJB (Bonner Jugendbewegung; bestehend aus Solid, Adelante und AKAB), Mitglieder aus Solid Bremen und Dresden. Unterstützung für den Aktionstag haben die Solidaritätspartei für Afghanistan und der Landesverband Solid NRW zugesichert.
Damit ist eine breite Palette von Organisationen im gesamten Bundesgebiet beteiligt. Vom ersten bis zum zweiten Bündnistreffen in Berlin haben sich die Zahl der Teilnehmer_Innen fast verdoppelt und es kommen momentan wöchentlich weitere Städte hinzu. JgR hat also jetzt schon eine beachtliche Dynamik entwickelt.

Vorbereitungstreffen haben bereits in Potsdam (30 Personen anwesend),München (fast 50 Personen anwesend), Hannover (20 Leute) und Berlin (50 Personen anwesend) stattgefunden. Das Konzept, damit neue Aktivist_Innen für die Forderungen, den Streik und für die gesamte Bewegung zu gewinnen, war somit bereits sehr erfolgreich.

Ein langfristiger Erfolg kann JgR aber nur werden, wenn sich weitere, größere Organisationen, wie Marx21, Gewerkschaftsjugenden, die SAV und die RL daran beteiligen. Nur so kann auch Druck auf die großen reformistischen Massenorganisationen, wie SPD, Linkspartei oder die Gewerkschaften ausgeübt werden.
Lasst uns JgR zum Ausgangspunkt für eine antirassistischen und sozialistischen Massenbewegung machen!

Jugend gegen Rassismus: Was macht die SAV?

VON JAQUELINE KATHERINA SINGH

Am Wochenende des 20. und 21. Februar haben sich in Berlin 70 Aktivist_Innen getroffen. Darunter Mitglieder der Linksjugend [’solid] aus Bremen und Dresden, die ARAB, Revolution, RKJ, Waffen der Kritik München, Schüler_Innenbündnis aus Frankfurt am Main, mehrere Geflüchtetenaktivist_Innen wie Turgay Ulu oder Arash, Schüler_Innen der Bremer Gesamtschüler_Innenvertretung, sowie Bricolage Dresden und weitere Kräfte. Unterstützung für die Aktion zugesichert hat die Linksjugend [’solid] Essen und die Solidaritätspartei für Afghanistan.

Das Treffen war in erster Linie darauf ausgelegt, andere Gruppen anzusprechen, das Bündnis „Jugend gegen Rassismus“ zu vergrößern und um eine konkrete Aktion vorauszuplanen, die Unorganisierte anspricht und Rassismus im Alltag der Menschen thematisiert und angreift.
Kurz nach der Konferenz veröffentlichte die SAV – die die Konferenz beobachtet hat – auf ihrer bundesweiten Seite einen Bericht, in dem es heißt:

„Die Organisatoren begehen Fehler, wenn sie meinen, es reiche aus, ein paar linksradikale Gruppen zusammen zu werfen und den SchülerInnen vor Ort dann ein Konzept vorzulegen, ohne diese in den Prozess mit einzubeziehen. Bewegungen kann man nicht erzwingen oder von oben hervorrufen. Die Konferenz hätte ein Hebel für eine größere Bewegung sein können, wenn die Organisatoren vorher an die Schulen gegangen wären, sich für Unorganisierte geöffnet und einzelne Berichte aus dem Orten zusammengetragen hätte, um so zunächst ein Stimmungsbild einzuholen“

Die SAV begründet damit, was sie weiter unten in dem Bericht schreibt:

„Jugend gegen Rassismus haben wir uns nach diesem Wochenende nicht angeschlossen.“

Da dieses Schreiben nicht nur die am Treffen beteiligten Gruppen angreift, sondern auch REVOLUTION, wollen wir hier Stellung beziehen und Einiges richtig stellen.

Vorgeschichte

Die vergangenen Schulstreiks gegen Rassismus in Berlin haben teilweise bis zu 7000 Jugendliche auf die Straße gebracht – und das, obwohl sich damals im RSUS (Refugee Schul – und Unistreik-Bündnis) Berlin sehr wenig Gruppen beteiligten. Auch in den Bündnissen in Bremen, Frankfurt a. M. und Bonn beteiligen sich keine „großen“ Organisationen. Und doch haben diese mehrere Hunderte auf die Straße gebracht. Interesse an der Aktion gibt es also. Die Aktionen könnten ein ungleiches Maß größer sein, wenn sich größere Organisationen wie die bundesweite SAV, [’solid] bundesweit oder Marx21, die ihrerseits bedeutend größeren Druck auf Gewerkschaften ausüben könnten, daran beteiligen und dazu aufrufen würden. [’solid] NRW hat bereits Unterstützung zugesichert. Alleine in Berlin wäre es möglich, über 10.000 Schüler_Innen auf die Straße zu bringen. Doch leider weicht die bundesweite SAV einer Beteiligung trotz mehrmaliger Einladung immer wieder mit fadenscheinigen Gründen einer Teilnahme an „Jugend gegen Rassismus“ aus.

„Jugend gegen Rassismus“

Die SAV erhebt auf ihrer bundesweiten Seite den Vorwurf, wir hätten Schüler_Innen vor ein vorgefertigtes Konzept gestellt. Richtig wäre: Schüler_Innen wurde ein Vorschlag vorgelegt, an dem viele mitgewirkt

haben und an dem Schüler_Innen auch Änderungsvorschläge eingebracht haben. Die SAV beteiligte sich nicht daran, Änderungen zu formulieren.

Zuvor hatten wir als REVOLUTION bereits auf dem Treffen der „Revolutionären Linken in [’solid]“ (RL), die maßgeblich von der SAV dominiert wird, in Dortmund im September 2015 einen Aufruf zur Teilnahme am Schulstreik im November 2015 vorgebracht, der abgelehnt wurde. Lediglich einen unverbindliches „Jede_R schaut mal vor Ort, ob so was angenommen wird und ob es Möglichkeiten dafür gibt“ blieb am Ende stehen.

Als die RL dann am 18. Dezember einen Aktionstag zu Antirassismus abhielt, verband sie auch dies nicht mit einer Mobilisierung über das eigene Umfeld hinaus.
Wir hatten Einheitsfrontaufrufe an viele linke Organisationen geschickt, auf die die SAV nicht im Sinne einer Schaffung einer Einheitsfront reagierte.
Als das RSUS Berlin zu einem bundesweiten Treffen aufrief, aus dem Anfang Januar „Jugend gegen Rassismus“ entstand, war die bundesweite SAV eingeladen, doch brachte sie sich weder in die Debatte ein, noch kam sie überhaupt. Auf dem Treffen wurde ein Vorschlag angenommen, der eine kurze Betrachtung des Rassismus auf der Straße, der Behörden und der Regierungen enthielt und folgende Forderungen aufstellte:

- Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe, volle Staatsbürger*innenrechte für Alle.
- Nein zur Festung Europa! Nein zu Grenzkontrollen, Residenzpflicht, Einreise- und Aufenthaltsbeschränkungen. Volle Bewegungsfreiheit für alle!
- Für das Recht auf Arbeit und die gewerkschaftliche Organisierung aller Geflüchteten, keine Kompromisse bei Mindestlohn und Sozialleistungen!
- Für freie Bildung, Anerkennung aller akademischen Qualifikationen und den vollwertigen Zugang zu Unis und FHs, Schulen und Ausbildungsbetrieben. Für kostenfreie Deutschkurse und weitere

Bildungsangebote für Geflüchtete.

- Nein zu dem menschenunwürdigen Lagersystem! Enteignung leerstehenden Wohnraums und Nutzbarmachung öffentlicher Immobilien zur dezentralen und selbstverwalteten Unterbringung von Geflüchteten und für massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus statt Privatisierung!
- Sofortige Beendigung aller Kriegseinsätze wie in Mali, Syrien, Afghanistan, Irak, Kosovo, dem Mittelmeer und vor dem Horn von Afrika! Schluss mit den deutschen Rüstungsexporten und der deutschen Aufrüstung!
- Gegen Polizeigewalt, rassistische und faschistische Angriffe! Organisieren wir eine Selbstverteidigung und zeigen wir Solidarität mit Betroffenen!
  Gegen das Morden im Mittelmeer und die Abschottungspolitik der EU!

Das war ausdrücklich als Vorschlag zu verstehen, andere Gruppen und Einzelpersonen konnten sich darauf beziehen und Gegenvorschläge und Ergänzungen beim vergangenen Treffen machen.

So überraschend und „von oben“ kann das Projekt Jugend gegen Rassismus eigentlich nicht sein. Im Vorfeld sind Mails an mehrere Gruppen versendet worden, die Konferenzen wurden offen beworben. Auch dass es kein Mitspracherecht gegeben habe, stimmt de facto nicht. Wer nicht zu Diskussionen kommt, wer nicht mal darauf reagiert, kann nicht erwarten, dass seine Position irgendwie vertreten wird.

„Uns nach ihr Massen, wir folgen euch!“

Aber das Problem, dass die SAV hat, liegt viel tiefer. Zum Einen enttarnt ihr Bericht und ihr Verhalten, was sie beim letzten Schulstreik in Berlin an den Tag gelegt haben, was schon Vielen klar war: Sie verstehen die Rolle der Führung nicht, sie verstehen nicht, wie eine wie auch immer geartete

antirassistische Bewegung, die sich die SAV ja durchaus wünscht, aufgebaut werden kann.

Wenn man schreibt, dass man es bedauert, dass bei einer Aktion, die in erster Linie darauf ausgelegt war, andere Organisationen anzusprechen, kaum Schüler_Innen anwesend waren, dann wird man ein bisschen nachdenklich. Denn die Berliner Schüler_Innen waren übrigens beim Vernetzungstreffen des RSUS, dass es am Mittwoch davor gab. Rund 50 Leute waren dort anwesend, aber das kann die SAV nicht wissen, da sie nicht daran teilgenommen hat. Wenn man Unorganisierte ansprechen will, bedarf es einer Aktion und Forderungen, die man diesen anbieten bzw. vorschlägt. Von alleine gehen die wenigstens auf einen zu, noch seltener entscheiden sich einfach so Massen, spontan auf die Straße zu gehen. Vor allem wenn man sich in einer Situation befindet, in der rechtes Gedankengut immer gesellschaftskonformer wird und parlamentarische Parteien ihren Kurs nach rechts schwenken lassen.

Zum anderen ist das Problem der SAV, dass sie nicht alle vorgeschlagenen Forderungen teilte, die auf dem Treffen zur Diskussion standen und sich scheinbar davor scheuen, dass offen zu zeigen. Denn so fortschrittlich und revolutionär wie sie gerne tun, sind sie längst nicht. Offene Grenzen? Offen für Selbstverteidigung eintreten? Nein, das vermeidet die SAV. Sie hält häufiger notwendige Forderungen zurück. Begründet wird dass mit dem Allround-Argument, dass die Massen oder in diesem Fall Schüler_Innen, nicht „bereit“ für solche Forderungen wären. Also passt sich die SAV an das nach rechts gehende Bewusstsein an. Woran die SAV misst, wofür die Massen bereit sind, ist uns übrigens sehr schleierhaft. Im September lehnten sie auf dem bereits erwähnten Treffen der RL in [’solid] unsere Forderung nach antirassistischen Selbstverteidigungsstrukturen ab. Auf demselben Treffen legten sie ihre Zeitung aus, auf deren Titelblatt in großer Schrift antirassistische Selbstverteidigung gefordert wurde. Plausibel begründen konnte uns diesen Zick-Zack-Kurs keiner der gefragten Genoss_Innen der SAV.

Nur um das klar zu stellen: Es ist gut, Menschen von „dem Stand abzuholen, an dem sie sich befinden“. Problematisch wird es allerdings, wenn man das macht, indem man seine Politik verwässert und nicht versucht, das Bewusstsein der Leute durch das Aufstellen und Begründen notwendiger Forderungen für den antirassistischen Kampf zu gewinnen.

Fragwürdig ist auch die
Aussage: *„Die Konferenz hätte ein Hebel für eine größere Bewegung sein können, wenn die Organisatoren vorher an die Schulen gegangen wären, sich für Unorganisierte geöffnet und einzelne Berichte aus dem Orten zusammengetragen hätte, um so zunächst ein Stimmungsbild einzuholen“*.

Nun, liebe SAV, meint Ihr nicht, dass bis zu 7000 Schüler_Innen bei vergangenen Schulstreiks in Berlin kein ausreichendes Stimmungsbild sind? Um das nochmal zu betonen: Diese 7000 wurden ohne Zutun von „großen“ Organisationen mobilisiert. Warum soll das Stimmungsbild in Städten wie Hamburg, Frankfurt, Rhein-Ruhr, Leipzig usw. so unfassbar anders ausfallen? Abgesehen davon: Selbst wenn sich „nur“ einige wenige Schüler_Innen zu kleinen Kundgebungen vor ihren Schulen versammeln, wäre es schon ein Schritt in die richtige Richtung, die von der SAV vermisste Basis zu erreichen und einzubinden.

Der große Fisch im kleinen Teich

Natürlich beteiligt man sich dann nicht gerne an einer Aktionm, an der sich Gruppen beteiligen, die Schulstreiks unter notwendigen Forderungen machen und relativ erfolgreich damit sind. Dann müsste man anfangen, sich vor seiner Basis zu rechtfertigen, warum man nicht offen für fortschrittliche Forderungen kämpft, sondern so tut, als ob Jugendliche und der Rest der Bevölkerung erst mit diffus linken Sachen erst diffus links politisiert werden müssen, bevor man ihnen „revolutionäre Politik“ zumutet.
Da liegt die Vermutung nahe, dass Teile der SAV-Führung versuchen, ihre Basis und Umfeld von anderen Gruppen und damit von politischen

Diskussionen gezielt zu isolieren und fernzuhalten. Wir fragen uns, ob die SAV-Führung unsere Einladungen ihrer Mitgliedschaft wenigstens gezeigt hat.

Revolutionäre Arbeit ist kein Selbstzweck. Es geht nicht darum, Leute nur für die eigene Organisation zu gewinnen und irgendwie eine Nische zu finden, die andere Gruppen noch nicht besetzt haben. In schwierigen Zeiten sollten diejenigen, die behaupten, revolutionär zu sein, eine Antwort auf die Fragen, die aufkommen, geben und versuchen, nach ihren Möglichkeiten eine Perspektive aufzuzeigen. Sie sollten fest zu ihren Prinzipien stehen, auch wenn das heißt, gegen einen massiven Strom reaktionärer Gedanken anzuschwimmen. Das, was objektiv am dringlichsten nötig ist, sollte auch für die revolutionäre Organisation allererste Priorität haben. Doch was macht die SAV?

Fragen über Fragen

Warum macht sie das, was sie eventuell tun wird, erst jetzt? Warum nehmen sie nicht an einer Initiative teil, die bundesweit versucht, sich gegen die rassistische Bewegung zu stellen? Warum lehnen sie Jugend gegen Rassismus ab, aber beteiligen sich z.B. bei einem Bündnis auf Initiative der GEW? Ist das etwa mit einem Stimmungsbild gesichert oder von unten aufgebaut? Schätzen sie die aktuelle Lage anders ein? Ist es vielleicht gar nicht so dringend nötig, den Rassist_Innen etwas entgegenzustellen? Glaube sie, es reiche, jeden Montag zu Bärgida zu gehen? Das ist gut und wichtig, aber warum nicht die Proteste verbinden? Haben sie es nicht nötig, mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten? Oder stört es die SAV, dass nicht sie die Initiative ergriffen haben, als sie notwendig war? Haben sie Angst um ihr Umfeld? Wird die SAV als linksjugend [’solid] Kreuzkölln wieder wie beim letzten Schulstreik einen Lautsprecherwagen stellen wollen, obwohl sie nur vor ihren eigenen Schulen flyert und sich nicht am RSUS beteiligt? Nicht, dass das schändlich wäre… ein Lauti ist besser als kein Lauti. Aber was spricht dann dagegen, sich auch an der Mobilisierung in der ganzen Stadt zu

beteiligen, damit der Lauti auch eine viel größere Reichweite erhält? Machen sie wirklich, wie einige ihrer Mitglieder sagen und wie es in dem Bericht von Tom Hoffmann herauskommt, eine „Einheitsfront von unten“?

Eine wichtige Sache ist, die eigene Politik in der Praxis zu überprüfen. Nach dem letzten Schulstreik in Berlin ist das offensichtlich nicht getan worden. Dass 4000 Jugendliche auf die Straße gegen Rassismus gegangen sind, reicht anscheinend nicht aus, um dafür zu sorgen, dass man sich am RSUS beteiligt.

Nein, vor den Schulen zu flyern, an denen man ohnedies verankert ist, während andere Organisationen und Schüler_Innen durch ganz Berlin fahren, um zu plakatieren, flyern und Aktionskomitees aufzubauen, dann aber einen Lauti zu stellen, heißt nicht „das man was getan hat“.

Eine weitere Einladung

Wir sagen hier nochmal, dass sich unsere Kritik vor allem auf das Verhalten der bundesweiten SAV und auch der Berliner Gruppe bezieht. Umso erfreulicher ist es, wenn einzelne SAVler_Innen ihr Interesse an der Mitwirkung bei „Jugend gegen Rassismus“ zeigen.

Wir hoffen weiterhin auf eine Diskussion, die die oben aufgeworfenen Fragen klärt und warten auf die Alternative seitens der SAV, die uns voran bringt.
Deswegen laden wir die SAV weiter dazu ein, zu Jugend gegen Rassimus zu stoßen, ihre Kritik IN dem Bündnis vorzubringen, Druck auf die „großen“ Organisationen wie Gewerkschaften vor allem aber [’solid] auszuüben und bei der Mobi viele der oft genannten unorganisierten Schüler_Innen mitzureißen!
Wir werden immer wieder dazu aufrufen, das nächste Mal beim Treffen der RL in Heidelberg!